



## Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/0792/2012**  
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich  
Datum: 29.03.2012

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung  
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032  
Verfasser/-in: Elke Koch-Michel, Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Stadtverordnetenversammlung	29.03.2012	Entscheidung

### **Betreff:**

**Erhalt der 30 km/h Zone im Stadtteil Kleinlinden und Rödgen  
- Dringlichkeitsantrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 25.03.2012 -**

### **Antrag:**

„Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen fordert den Magistrat auf, der Anordnung des Regierungspräsidiums, auf Anhebung der 30 km/h-Zone im Stadtteil Kleinlinden und Rödgen zu widersprechen.

Weiterhin wird der Magistrat gebeten, eine Stellungnahme des zuständigen Ministeriums in Wiesbaden einzuholen und daraufhin zu weisen, dass bis zu einer endgültigen rechtlichen oder sachlichen Klärung die Anordnung ausgesetzt wird.

Der Magistrat wird zur endgültigen Klärung gebeten, eine Verkehrsschau mit den Fachbehörden, den Ortsbeiräten und der Bürgerschaft zeitnah abzuhalten.“

### **Begründung:**

Die Besorgnis der Bürger/-innen in den betroffenen Stadtteilen bzgl. der Entfernung der Geschwindigkeitsbegrenzung ist verständlich und nachvollziehbar.

Die Menschen in den betroffenen Stadtteilen sind darauf angewiesen, dass eine sichere Überquerung der Durchgangsstraße möglich ist. Zu einer autofreundlichen Gesellschaft gehört auch die Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer, hier insbesondere der Kinder und älteren Menschen. Bewährte 30 km/h Zonen in den Durchgangsstraßen sollten nicht aufgrund von teilweise nicht nachvollziehbaren Verwaltungsvorschriften aufgehoben werden, sondern sich vor allem an den tatsächlichen Gegebenheiten orientieren und dazu gehören die Sicherheit und der Schutz der Menschen als oberste Maxime.

Von daher sollte der Anweisung widersprochen werden und die Menschen in ihren verständlichen Protesten von Seiten der Politik Unterstützung erfahren.

Elke Koch-Michel